

Ercheint täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.65 Mk. inkl. Postgeb.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenschein)
durch die Post nicht be-
zogen, kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Stelopen Nr. 1047.
Gesamtsam.-Abdruck:
Vollblatt 1/2 Preis

Volksblatt

Inserionsgebühren
für die 6 Spalten
je Zeile oder deren Raum
30 Pfennig.
Für ausserordentliche Anzeigen
20 Pfennig.
Im reaktionellen Sinne
kann die Zeile 75 Pfennig.

Inserate
für die fällige Summe
müssen spätestens die vor-
mittags halb 12 Uhr der
Expedition aufgegeben
sein.

Empfänger in die
Postzeitungliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weissenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Die Parteiorganisation.

Der Parteitag in Nürnberg hatte bekanntlich die Reformbedürftigkeit unseres Partei-Organisationsstatuts allseitig anerkannt und eine Kommission eingesetzt, der alle Anträge auf Veränderung des Statuts überwiesen wurden. Die Kommission hat im Januar getagt und legt bereits heute der Partei ein neues Organisationsstatut zur Diskussion vor. Wir veröffentlichen es in der vorliegenden Nummer und empfehlen dringend, diese Veröffentlichung für die spätere Beratung in den Parteiorganisationen aufzuheben. Diese Beratung kann eine ausgiebige sein, da die Kommission schnell gearbeitet und den Entwurf anerkenntswürdigerweise den Parteigenossen zeitig genug bekannt gibt, so daß der kommende Parteitag in Leipzig, der endgültig darüber zu beschließen hat, die Wünsche der Partei kennen wird.

Die Veränderungen des 1905 in Jena beschlossenen Statuts, die die Kommission vorschlägt, sind teilweise durch veränderte Verhältnisse geboten und sie sind nur eine Formfrage, teilweise aber auch recht bedeutend und das Parteileben verändernd. Einige Ausführungen mögen das beleuchten.

1. Organisation. Die Grundlage des Reichstagswahlkreises als Organisationseinheit bleibt natürlich unverändert; die Vereinszugehörigkeit in Orten, die 2 Wahlkreise zugeteilt sind, kann örtlich geregelt werden. Da die Frauen unbekanntlich jetzt den Organisationen zugehören, soll bestimmt werden, daß die weiblichen Mitglieder eine Vertretung im Vorstand haben müssen, um dort besonders die Vorbereitung unter den Frauen zu betreiben. Dieser Vorschlag ist wohl bereits überall praktisch durchgeführt und bewährt sich.

Die Frage des Beitrags ist von großer Wichtigkeit. Im vorigen Jahre hatten noch 2 Kreise nur 15 Pfennig Monatsbeitrag, 99 hatten 20, 45 25, 106 30, 1 35 und 24 40 Pfg., während 92 Wahlkreise abgestufte Beiträge von 10 bis 40 Pfg. erhoben. Einen Wochenbeitrag von 5 Pfg. hatten 2, von 10 Pfg. 42 Wahlkreise. Die Kommission wünscht, daß der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 30 Pfg., für weibliche Mitglieder 20 Pfg. betragen soll. Dem Vorstand kann man angelehnt der großen Aus- und Aufgaben der Organisationen ungeschminkt zustimmen, obgleich freilich der beste Wobus der Wochenbeitrag bleibt. Selbst in Kreisen mit der ärmlichsten Bevölkerung hat sich ein Wochenbeitrag von 10 Pfg. bewährt und wird gern gezahlt, wie mehrere Kreise in Sachsen, wo er jetzt allgemein eingeführt wird, und andere Kreise beweisen.

Das Geschäftsjahr soll in Zukunft einheitlich überall vom 1. Juli bis zum 30. Juni laufen, so daß eine gezielte Berichterstattung möglich ist und der Stand der Organisation genau erkennbar wird. Den Vorsitzenden werden Fragebogen zugestellt — ein guter Fortschritt.

Der Parteivorstand erhält, wie das schon der Nürnberger Parteitag praktisch ausführte, 3 Mitglieder, darunter ein Generalsekretär, die jedoch nicht, wie die anderen beiden, von der Kontrollkommission, sondern vom Parteitag gewählt wird. Der Parteivorstand wird nach dem Entwürfe (einem Antrage von Mübber entsprechend) verpflichtet, die wichtigsten, die Gesamtheit der Partei berührenden Fragen die Vertreter der Bezirks- oder Landesorganisationen zusammenzurufen und sie zu hören.

2. Parteitag. Eine einschneidende Änderung bringen die Vorschläge über die Zusammensetzung des Parteitages. Bisher war jeder Wahlkreis berechtigt, 3 Delegierte zu entsenden, was bei der verschiedenen Stärke der Kreisorganisationen zu ungleichen Zuständen führte und unbedingt geändert werden muß. Die Kommission schlägt folgende Proportionalvertretung vor. Es sollen auf den Parteitag entsenden können:

Kreise bis zu 1500 Mitgliedern	1 Delegierte,
„ „ „ 3000	2 „
„ „ „ 6000	3 „
„ „ „ 12000	4 „
„ „ „ 18000	5 „
„ „ „ über 18000	6 „

So notwendig eine Proportionalvertretung ist, so sehr wird sich über die Art der Steigerung reden lassen. Die Demokratie erfordert wohl eine gerechte Vertretung aller Mitglieder, doch ist eine freiwillige Organisation kein Zwangsstaat mit Klassen und entgegengegesetzten Interessen der Klassenangehörigen. Deshalb liegt keine Notwendigkeit vor, die absolute Zahl hier einschneiden zu lassen. Das hat die Kommission auch nicht getan und konnte es nicht tun. Allein ihre Steigerung der Vertretung erscheint trotzdem noch zu hart, da kein Anlaß vorliegt, einem Kreise ein sechsaches Übergewicht gegenüber einem andern auf dem Parteitag zu bewahren. Manchelei Bedenken sprechen gegen den Vorschlag der Kommission. Es wird völlig genügen, und keinerlei Interessen der großen Kreise verletzen, wenn die Höchstzahl der Vertreter eines Kreises auf drei, im äussersten Fall vielleicht auf vier gesteigert wird. Praktisch würde das wohl zur Folge haben, daß die Parteitage in der

gleichen Stärke wie bisher zusammentreten, nur wäre die Zusammensetzung eine gerechtere, indem schwache, aber in der Zahl des Parteivotes gelegene Kreise verbündet würden, mehrere Delegierte zu stellen. Die Parteitage sind heute schon umfangreich genug — in Nürnberg tagten 300 Parteigenossen — so daß eine Vergrößerung der Zahl nicht wünschenswert erscheint.

Will man aber doch die Zahl der gewählten Parteivertreter noch vergrößern, so sollte auf der andern Seite eine Einschränkung der Zahl der sonstigen Parteimitglieder erfolgen. Die Forderung, daß die Reichstagsfraktion nicht vollständig zur Teilnahme berechtigt sein soll, sondern eine Delegation zu entsenden habe, ist sehr alt und wird mit Recht von weiteren Kreisen der Partei erhoben. Es erscheint immer mehr überflüssig, daß jeder Reichstagsabgeordnete Sitz und Stimme auf dem Parteitage hat. Die Abgeordneten sind als Vertreter des Volkes ins Parlament gewählt und nicht auch zugleich für 5 Jahre auf den Parteitag. Der Parteitag soll jenseitig die Stimmung und Anschauung der Partei widerspiegeln, was nur möglich ist, wenn die Parteioorganisationen das Recht und die Freiheit haben, jedesmal die ganze Zusammensetzung des Parteitages zu bestimmen. Die Delegierten haben sich vorher in öffentlicher Parteiversammlung zu den wichtigsten Aufgaben des Parteitages zu erklären, und sie werden nur gewählt, wenn ihre Stellungnahme zu Parteitragen der Mehrheit der Parteigenossen entspricht. Das ist der einzig mögliche Weg, Parteitagsschlüsse herbeizuführen, die der Mehrheit der Parteigenossen (und nicht etwa nur der Mehrheit der Parteitagsteilnehmer) entsprechen. Der Reichstagsabgeordnete ist aber als solcher nicht wegen seiner Stellungnahme in inneren Parteitragen als Mitglied auf den Parteitag gewählt, er ist in dieser Beziehung „unabhängig“. Deshalb ist es nur eine einfache Frage der Zweckmäßigkeit, daß sich auch der Reichstagsabgeordnete der üblichen Delegiertenwahl, genau wie jedes andere Parteimitglied, zu unterziehen habe. Der Parteitag soll in jeder Weise das klarste Spiegelbild der Parteianschauungen und -Wünsche sein.

Als die Parteiorganisation an Zahl und Kraft gerina war, und die Fraktion in jeder Weise den Zentralpunkt bildete, hatte das Vorrecht der Abgeordneten auf dauernde und unbewählte Parteitagsdelegation einen Sinn. Nachdem sich aber die Parteiorganisationen gewaltig entwickelt, unglückliche intelligente Kräfte ausserhalb der Abgeordneten entwickelt und gesukelt, und die Reichstagsarbeit der Partei nicht mehr die sozulagen einzige Betätigung bildet, ist das Vorrecht ganz allein der Abgeordneten des Reichstags völlig entbehrlich geworden. Aus einem einst notwendigen Rechte macht aus hier die gewaltige Entwicklung ein Unrecht, das bei Veränderung des Organisationsstatus beseitigt werden sollte. Der Grundgedanke muß durchgeführt werden, daß den Parteitag nur Delegierte bilden, die speziell gerade für den betreffenden Parteitag gewählt sind. Es genügt völlig, wenn die Fraktion durch eine Delegation vertreten ist, um den Parteitag, der über ihr steht, „Rechtenschaft“ abzufragen. — Wir begnügen uns für heute mit diesen kurzen Andeutungen über diese klare Forderung, behalten uns aber vor, ausführlich darauf zurückzukommen.

3. Ausschluß. Das Ausschlußverfahren, das jetzt sofort mit dem Apparat eines Schiedsgerichts eingeleitet werden mußte, wird durch die Vorschläge geändert. Als erste Instanz hat der Bezirks- oder Landesvorstand zu entscheiden, erst als Berufungsinstanz kommt das Schiedsgericht in Frage. Dieser Weg ist gangbar und scheint in der Tat das Richtige zu treffen. Wir können unsere Zustimmung dazu aussprechen.

4. Urabstimmung. Wir empfinden es als einen Mangel, daß sich die Kommission nicht mit der Frage der Urabstimmung beschäftigt zu haben scheint; in den Vorschlägen ist jedenfalls davon nichts zu spüren. Und doch hatten wir den Ausbau der Organisation nach dieser Richtung für unbedingt notwendig. Die Möglichkeit einer Urabstimmung der Gesamtpartei über wichtige Parteitragen muß endlich vorgehalten werden. Die Urabstimmung ist in jeder Beziehung ein lebendiges Element für die Partei. Eine Anzahl Kreise hat bereits in ihrem Gebiete die Urabstimmung über wichtige lokale oder den Kreis betreffende Parteitragen, Delegiertenwahlen, Aufstellung des Reichstagskandidaten usw. eingeführt. Damit sind wohl überall gute Erfahrungen gemacht worden.

Deute hat der jährlich stattfindende Parteitag allein in allen Fragen zu entscheiden, die die Partei aus tiefster Erregung und Lebensfragen sein können. Hier muß die Partei die Möglichkeit haben, die Beschlüsse vor sämtliche Parteigenossen zu bringen und sie in einer Urabstimmung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, zumal wir gerade beim letzten Parteitage erlebt haben, daß seine rechtliche Zusammenfassung planmäßig bezweifelt wurde. Die Partei braucht in großen Fragen völlige Klarheit über die Anschauungen ihrer Mitglieder, was einwandfrei nur durch eine Urabstimmung zu erreichen ist. Nicht gefährlicher für uns, als wenn wir uns irgendwie über uns selbst und unsere eigene Reichen täuschen!

Eine Urabstimmung erntet aber auch das Interesse jener Genossen, die leider vielfach abseits vom Verammlungsbereich und sonstiger Parteitätigkeit stehen, ebenso jener, die sich gewohnheitsmäßig nicht viel um Parteifragen kümmern mögen. Eine Urabstimmung im kleinen Wahlkreise wirkt hier schon in jeder Weise anregend und fördernd ein, wieviel mehr erst eine solche der Gesamtpartei. Da unsere Parteioorganisation jetzt so vorzüglich, so fast bürokratisch genau, durch die deutschen Vaterländer funktioniert, ist eine Urabstimmung durch das ganze Reich, technisch betrachtet, ohne jede Schwierigkeit durchzuführen. Im Organisationsstatut sind nur die Fälle zu regeln, wann an sie einzutreten hat und welche Fragen der Urabstimmung unterliegen. — Wir wiederholen: Jede Urabstimmung knüpft das Band um die Gesamtorganisation fester, weckt und fördert die Parteibetätigung und bringt vor allem einmündige Klarheit über die Anschauungen und die Stärke des Parteinteresses in der Partei. Mögen die Parteioorganisationen unseren Vorschlag auf Einführung von Urabstimmungen beraten und ihn in Anträgen formulieren; der Parteitag wird sich, das hoffen wir, der Notwendigkeit ihrer Ermöglichung nicht entziehen können.

Der Junker Herr! Bülow Knecht!

Die Demütigung der deutschen Reichsregierung vor den preussischen Junken hat am 17. und 18. Februar in Berlin auf dem Festmahle des Deutschen Landwirteverbandes, der, unter, und in seinen folgenden Verhandlungen, Ziel erreicht, die kaum mehr überschritten werden können.

Auf dem Festmahle des Landwirtschaftskrates wurde der Reichsanwalt von den beiden Präsidenten mit Reben begrüßt, die unter Hostien persönlicher Hoflichkeit die Anfangsreden enthielten, das der Landwirtschaftskreis in der Frage der Erbschaftsteuer unverständlich gegen die Regierung stand.

Darauf antwortete der Reichsanwalt Fritz Bülow, indem er sein agrarisches Herz preis und die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform neben ein paar „nationalen“ Redensarten hauptsächlich damit begründete, daß die Agrarier nach dem Eingehen der Reform Weiden zu feinerem Jinsfuß würden aufnehmen können. Von der Nachlaß- oder Erbschaftsteuer sagt er nicht ein Wort. Und auf die schweren Grobheiten, mit denen er nach seiner letzten Landtagsrede von Bodebiß und Oldenburg traktiert worden war, antwortete er: gegen Tadel sei er nicht empfindlich gewesen! Mit solchen Grundtönen und solchen Auffassungen von der Würde der Regierung kann man in Preußen-Deutschland lebenslanglich Minister bleiben. Darum konnte auch Fritz Bülow versichern, er gedente noch länger sein Amt führen zu können, als seine Gegner hoffen.

Wohlmögende, zumal blödsinnige Beurteiler hätten vielleicht annehmen können, der Reichsanwalt habe sich deshalb auf einen allgemeinen Appell an das „nationale“ Empfinden der Junker gewandt, weil er wußte, daß eine leise Mahnung genügen werde. Aber den Agrariern ist auch nicht eine Sekunde lang eingefallen, das allgemeine Geräch des Reichsanwalters ernst zu nehmen. Welche Fülle von Wachsamtum herrschte in dem Worten des zweiten Reichsanwalters Herrn v. Soden, der vom selben Bülow rühmte, er wolle ein gut agrarisches Reichsanwalters Heben, auch wenn seine letzte Steuer-Ministerrolle auf ungeeignetem Boden zum Teil beruhe. Das ist der Ton, in dem Souveräne der guten alten Zeit von der nie verlegenden Treue ihrer Untertanen zu reden pflegten. Der Unterthan Bülow hörte und ergriff das Wort, nicht um gegen die verächtliche Manier, in der man ihn behandelte, Verwahrung einzulegen und das Lokal zu verlassen, sondern um die Worte des Herrn v. Soden als richtig zu bestätigen.

Die Verhandlungen, die sich am Tage nach dem Festmahle im Sitzungssaal des preussischen Herrenhauses abspielten, zeigen deutlich, was es heißt, wenn eine Regierung vor den Junkern in Häßlichkeit und Demut zerfällt. Alle die Herren, Edle, Grafen und Barone, überboten sich gegenseitig in wütenden Angriffen gegen den Vorschlag einer Steuer, die den Großgrundbesitzern zugunsten des Reiches um ein geringes zu lasten soll. Für sie alle ist die in England, Frankreich, Dester-

Naumburg-Weissenfels-Zeitung

Sur Konferenz der Gemeindevertreter!

Wir haben an alle Vorstehenden der sozialdemokratischen Vereine die Mandate für die Gemeindevertreter verlanbt, die letzteren können sie also da erbalten. Auf den Mandaten sind auch die Tage vermerkt, für die sie Gütigkeit haben, die Vertreter der ländlichen Gemeinden haben Sonntag früh, die Stadterordneten Montag früh nach Halle zu fahren. Abgesahren wird jedesmal mit dem Zuge, der in Zeitz um 7 Uhr 4 Min früh abfährt, die Vertreter aus den Gegenden von Kayna, Zipsendorf, Weismdorf, aus Droyßig und Krebschau haben also die von ihren Stationsorten schon früher abgehenden Züge zu benutzen, um rechtzeitig von Zeitz abfahren zu können. Auf den weiteren Stationen schließen sich die in Betracht kommenden Vertreter an, mit einem späteren Zuge darf niemand kommen, das wäre zweck-

los. Es haben alle Billetts 3. Klasse zu lösen, da in Weissenfels mit dem Eilzug weiter gefahren werden muß. Wir eruchen nun alle Vertreter, bestimmt an der Konferenz teilzunehmen, sie ist für jeden höchst wichtig. Beslen soll niemand.

Auf verschiedene Anfragen teilen wir noch mit, daß an der Konferenz nur teilnehmen die gewählten Vertreter, für die die Mandate ausgestellt sind, Vorstehende von Vereinen u., die nicht zugleich Vertreter sind, sind nicht zur Teilnahme berechtigt, es sei denn, daß sie auf eigene Kosten leblich als Besucher beizubringen können, falls das der Raum in Halle überhaupt zuläßt.

Fahrtgeld und Entschädigung zahlen alle Ortskomitees aus. Wo Geld fehlen sollte, erhalten die Vertreter in Halle das Fahrtgeld und die Spesen vom Genossen Leopold.

Zeitz, 18. Februar 1909.

Der Zentralvorstand. J. M.: H. Senboldt.

Verfallungs-Anzeiger.

Im Interatenteil der heutigen Nummer werden folgende Verfallungen veröffentlicht:

- Halle: Waldkisten und Geier, Sonntag, 21. Febr.
- Folgarteiler (Modellstecher, Stielmacher, Drechsler), Sonntag, 21. Febr.
- Ummendorf: Sos. Verein, Sonnabend, 20. Febr.
- Nasberg: Sos. Verein, Sonnabend, 20. Febr.
- Droßitz: Sos. Verein, Sonntag, 21. Febr.

Verantwortlich für Beitrittel, Politische Ueberlicht und Parteinarbeiten Karl Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliche, Feuilleton und Vermischtes Karl Bodt, für Lokales Otto Niebuhr, für Provinzialles und Verfallungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Sonnabend

beginnend.

Sonnabend

beginnend.



Unsere Schaufenster bitte zu beachten!

Unsere Schaufenster bitte zu beachten!

Gelegenheitsposten bestehend aus:

Mehrere **1000 Paar** Schuhwaren

für Herren, Damen u. Kinder sind zu ganz erstaunlich billigen
:: :: :: Preisen und guten Qualitäten zum Verkauf gestellt :: :: ::
Die enormen Vorteile unserer diesmaligen Waren sind selbst für Nicht-
kenner leicht erkennlich.

Konfirmanden-Stiefel für Knaben **4.50** | Konfirmanden-Stiefel für Mädchen **3.50**
elegante neue Hälften, | elegante neue Hälften,
bauerhafte Qualitäten, Paar 7.50 5.20 | Paar 7.80 6.10 4.50

Schuhwaren f. Herren.

- Ein Posten Herren-Zugstiefel Paar **3.90**
- Ein Posten Herren-Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel Paar **6.75**
- Ein Posten Herren-Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel Paar **10.50**

Herren-, Burschen- und Knaben-Langschäfte

Filzschuhwaren

Sämtliche Filzschuhwaren zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Grosse Posten Kinder-Stiefeln

- Haltbare Qualitäten Schnür- u. Knopfstiefel 23-26 27-30 31-35 genagelt 2.45 3.25 3.80
- Pa. Boxcalf-Kinderstiefeln 3 3 4 4 5 40
- Ein Posten Baby-Schuhe Paar **75** Pf.
- Ein Posten Kinder-Clobusstiefeln Paar **95** Pf.
- Ein Posten Kinder-Ohrschuhe **1.25**
- Ein Posten Kinder-Spangenschuhe **95** Pf.
- Grosse Rest-Posten in Kinderstiefeln, staunend billig.
- Ein Posten rot-schwarze Damen-Leder-Hausschuhe 1 Tuchschuh Paar **1.95**
- Ein Posten Herren- u. Damen-Cordpantoffeln mit Anoleum-Isolje Paar **48** Pf.
- Ein Posten Damen-Filzschuhe mit Filzsohle Paar **1.35**
- Ein Posten Herren-Tuchhausschuhe Paar **2.25**
- Ein Posten Herren- und Damen-Plüschpantoffeln Paar **95** Pf.
- Ein Posten Kinder-Filz-Ohrschuhe Paar **80** und **95** Pf.

Schuhwaren f. Damen.

- Ein Posten Damen-Clobusstiefel Paar **1.95**
- Ein Posten Damen-Schnürstiefel schwarz und farbige Paar **3.50**
- Ein Posten Damen-Schnürstiefel schwarze mit Lackflappe Paar **4.50**
- Ein Posten Damen-Schnürstiefel Caprillin elegante Hälften mit Lackflappe Paar **5.50**
- Ein Posten Damen-Schnürstiefel Voyleber und Gevecauz imitiert Paar **6.00**
- Ein Posten Damen-Spangenschuhe schwarze u. rote, Paar **2.50**
- Ein Posten Damen-Spangenschuhe Paar **3.50**
- Ein Posten Damen-Spangenschuhe braune Paar **3.75**
- Ein Posten Damen-Spangenschuhe Voyleber, Doppelpingane Paar **4.95**

Kaufhaus I. Ranges

H. Eikan

Halle a. S., Leipzigerstrasse 87, Ecke Brauhausstr.



Eine Attraktion I. Ranges

wie solche seit 20 jährigem Bestehen erstmalig veranstaltet wird, bietet mein diesjähriger

Schuhwaren-Sonder-Verkauf

Nur kurze Zeit! Vom 20. bis 28. Februar. Nur kurze Zeit!

Eine Besichtigung der Schaufenster ist unbedingt erforderlich.

Herren-Artikel.

Rindl. Zugstiefel	jeht	3 ⁶⁵
Schaffstiefel gerontiert Handarbeit	jeht	6 ⁵⁰
Box-Leder-Schnürstiefel	jeht	5 ⁹⁰
Echt Schnür- und Schnallenstiefel	jeht	6 ⁹⁰
Erstklass. Boxcalf-Stiefel mit und ohne Ledertappe	früher bis	14.50 jeht
Stoffpantoffel		40 Pf.

Damen-Artikel.

Braun u. schwarze Schnürstiefel	jeht	3 ³⁰
Box-Leder-Schnürstiefel früher bis 6.50	jeht	5 ⁹⁰
Boxcalf- und Ober-Schnürstiefel mit und ohne Ledertappe	jeht	6 ⁹⁰
Stoffstiefel	früher bis	4.50 jeht
Stoffpantoffel		25 Pf.
Lederspangenschuhe		2 ²⁵

Für Konfirmanden und Kinder.

Konfirmanden-Schnürstiefel	Büchleider	jeht	4 ³⁵
Konfirmanden-Schnürstiefel echt Boxcalf		jeht	6 ³⁵
Konfirmanden-Schnallenstiefel echt Boxcalf		jeht	7 ⁸⁰
Kinderstiefel Gr. 18/22, braun und schwarz		jeht	1 ³⁵
Schulstiefel	Roßleder,	27-30	2 ⁹⁰
	la. Boxcalf	31-35	3 ⁰⁵
Schulstiefel			4 ⁹⁰
			5 ⁵⁰

Was ich verspreche, halte ich!

S. Jacob, Grosse Ulrichstr. 45.
Grösstes Schuhlager am Platze.

Sozialdemokratischer Verein f. Halle u. d. Saalkreis. Distrikt Ammendorf.

Sonnabend den 20. Februar von abends 8 Uhr ab im „Burgschloßchen“, Burg bei Badewald

:: Erstes Winter-Vergnügen ::

Die Mitglieder und deren Angehörige sind hierdurch freundlichst eingeladen.
Die Distrikts-Leitung.

Merseburg. Merseburg.

Sonntag den 21. Februar abends 8 Uhr in der „Kaiser-Wilhelmshalle“

:: Gastspiel der Alt-Leipziger Sänger. ::

Brillanteste Herrengesellschaft Leipzigs.
Ganz neues Programm. Ganz neues Programm.
Karten im Vorverkauf, à 30 Pfg., sind zu haben in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins, im Biergeschäft von Hugo Thomas, Delarue, im Büro des Metallarbeiter-Vereins und in der Kaiser-Wilhelmshalle. — An der Abendkass 40 Pfg.

Nachdem: **BALL.** Das Fest-Komitee.

Nödlitz.

Sonnabend, d. 20. und Sonntag, d. 21. Febr.

Bockbier-Fest.

8. Bockbierfest
Bismarck-Preis
Hierzu ladet frei ein R. Kluge.

Räumlichkeiten in offen u. geschlossenen werden hier an W. Müller, Gr. S. unentgeltl. 53

Irrigateure

komplett von 80 Pf. an

Bett-Unterlagen

für Kinder von 15 Pf. an

Erwachsene 70

Klysterspritzen,

Eisbeutel,

Krankenkissen,

Mullbinden,

Verbandwatte.

Hugo Nehab

Nacht., 27 Gr. Ulrichstr. 27,

66 obere Leipzigerstr. 66.

Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: Hofrat W. Richards.

Sonnabend den 20. Februar 1909:
Nachmittags 3 Uhr:
Kassier-Vorstellung zu ganz kleinen Preisen.

Maria Stuart.

Trauerpiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Abends 7 1/2 Uhr:
153. Abon.-Vorst. 1. Viertel.
Kassier-Vorstellung zu ganz kleinen Preisen.

„Barfüßle.“

Oper in einem Vorpiel und zwei Bildern (n. Auerbachs Erzählung) von Victor von Meißner.

Musik von Richard Neuberger.
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/4 Uhr.

Sonntag den 21. Februar 1909:
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
9. Volks-Vorstellung zu kleinen Einheits-Preisen von 60, 40 und 25 Pfg.

Fidelio.

Op. in 2 Akten v. L. v. Beethoven.

Abends 7 1/2 Uhr:
Sonder-Vorstellung bei vollständig aufgehobenem Monopremium.

Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten (mit Benutzung des Lustspiels von Gatti-Trotto) v. N. W. Müller u. B. Grünbaum.

Musik von Leo Fall.

Müllärstiefel

neue und getragene Schaffstiefel, Gänge und 4 Galtstiefel, letztere Sammerstiefel, neue u. Silberstiefel, große Auswahl; dabei sind auch Schuhe und Stiefel mit gutem gebrauchtem Mehlleder bill. preislich u. repar.

J. Sternicht, Alter Markt 11.

Apollo-Theater

Dir.: Gustav Poller. Telefon 188.

Theater Job-Classen

Dir.: Herm. Job und Pol. Classen.

Von heute bis inkl. Sonnabend, 20. Febr.: Anfang präzis 8 Uhr, 2 zu 15

! Riesiger Lacherfolg!

Ab Sonntag, 21. Febr.:

Eine Spritztour nach Berlin.

Central-Theater, Leipzigerstr. 17.

Sizilien

drei Wochen nach der Katastrophe.

Wunderbare, hochinteressante Natur-Aufnahmen.

Malaktor verk. Genossenschaftsdruckerei

Streng reell. Gesunde reine Fleischwaren.

!! Rossfleisch !!

Diese Woche nur Ia. Qualität.
Ferner empfehle:

prima harte Schlackwurst und Salami geräucherter u. gekochter Schinken, sowie sämtliche anderen Fleisch- und Wurstwaren in schmackhafter und sauberster Verarbeitung.

R. Thurm, Inh.: Johannes Thurm,

Tel. 518. Glauchaerstr. 79.

Zentralverbd. d. Schuhmacher, Zahlst. Weissentfels.

Sonnabend, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“

Theater-Abend

ausgeführt von der Freien Volksbühne, Merseburg, unter Mitwirkung der W. Dorfmarischen Musikkapelle.

O welche Lust, Soldat zu sein!

Zur Aufführung gelangt: Alle Mitglieder sowie Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Verwaltung, Programme: Gallerie 20 Pfg., Saal 30 Pfg., Balkon 40 Pfg., sind bei den Kassenboten, bei Oa. Schmidt und im Bureau, Leipzigerstr. 20, zu haben.

Sozialdem. Verein Droyssig.

Sonntag, 21. Febr., nachm. 3 Uhr

Versammlung.

Lesesordnungen: Vortrag eines auswärtig. Gen. Diskussions-Geschäft u. Bericht. Die Genossen werden erucht, recht zahlreich zu erscheinen. Auch die weibl. Mitglieder sollen zu der Veranstaltung kommen. D. Vorst.

Zeitz. Zeitz.

Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Wie Klein-Eise das Christkind suchen ging.

Abend 9 Uhr:

O diese Leutnants.

Milit.-Lustspiel in 4 Akten von Kraus.

Steinerts Restaur. Zeitz

Sonntag, den 21. Februar
Grosser Bockbier-Rammel

Es ladet ganz ergebenst ein H. Steinert.

Arbeiter-Notizkalender 1909.

Zu beziehen durch alle Austräger und die Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/43.

Ueberzeugung macht wahr!

In enormer Auswahl zu äusserst billigen Preisen:

Konfirmanden-Anzüge in Trepp, schwarz, von 9 Mk. an

Konfirmanden-Anzüge in Trepp-Bügel, von 12 Mk. an

Konfirmanden-Anzüge in Rammgarn, eleg., von 14 Mk. an

Konfirmanden-Anzüge in Rammgarn, hochfein, von 16 Mk. an

Herrn-Jacke-Anzüge, das Neueste der Saison, von 10 Mk. an

Herrn-Rock-Anzüge in Rammgarn, ein-u. zwei-reibig, von 16 Mk. an

Eleg. Burschen-u. Knaben-Anzüge i. all. Stoff, u. Faconn v. 3 Mk. an

Elegante Hosen in allen Größen und Stoffen, von 3 Mk. an

Verbreiten i. all. Farb. v. 2 Mk. an; Hosen-Jacke von 3 Mk. an; Schwere Oberhosen v. 4.50 Mk. an; Weiten, Leibhosen von 1 Mk. an; Wandersportkleid v. 3 Mk. an; Kleines u. Polymidien v. 3 Mk. an; Zwirn-u. Reifmettbl. v. 1.50 Mk. an; Bergmanns-Jacken in Pilot.

Monteur-Anzüge in Leinen und Pilot von 3 Mk. an.

Bar 5% oder Marken. gegenüber der Marktplatz im Notiz-Turm. **Gustav Reinsch,** Dirich. Abtheilung.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 43.

Halle a. S., Sonnabend den 20. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preußisches Dreiklassenhaus.

34. Sitzung. Donnerstag, den 18. Februar, mittags 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Budgets

mit fortgesetzt.

Abg. Wacco (natl. auf der Tribüne fast unvernehmlich): In der sozialen Gesetzgebung muß Maß gehalten werden, sonst werden die Kosten für die Unternehmer zu groß.

Abg. Dr. Schupp (Freil. Vpl.): Maßregelungen der Vereine und politischen oder religiösen Verbände, wie sie geleitet Herr Bauermann angibt, werden nicht zu erwägen sein. Bei der Gleichbehandlung in Oberstellen wurde ein Steiger als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten entlassen. Der Direktor Besser lehnte eine Vermittlung des Bundes ab. Ein Gehelmer Wilhelm schrieb a. a.: „Der Bund hat die Unerschämtheit (!) gehabt, sich in die Angelegenheiten unserer Werke zu mischen und eine Protestbesetzung der technisch- u. Grubenbeamten gegen ihre Vorgesetzten zu veranstalten.“ (Hört, hört! links.) Ein anderes Mal sagte der Gehelmer: „Ach was, Koalitionsstreik und persönliche Freiheit sind Pfaffen.“ (Hört, hört! links.) Im Verlauf der Verhandlung sind dann noch ein Herr von Wener der Angehörigkeit zum Bund begegnet worden. Man darf sich nicht wundern, wenn von der dadurch hervorgerufenen Erörterung unter den technischen Beamten wieder die Sozialdemokratie bei ihrem bekannten Schwingen den Vorteil hat.

Die Rede des Abg. Wener (Soz.), der nimmend das Wort erhielt, werden wir morgen ausführlich nachtragen.

Es folgt die dritte

Beratung der Pfarrebesoldungsgefesse.

In der allgemeinen Besprechung erhielt das Wort

Abg. Hoffmann (Soz.):

(Eine kleine Bemerkung zuvor: Die Presse stellt fest, daß ich in der letzten Sitzung einige Sprachschwierigkeiten bemerkt habe. Das kann mir auch heute, wie ich mich heute äußere, wenn ich gern über Ihre Sachen so erlaube, so lag das daran, weil mir das Sprichwort einfiel: Sie spotten über mich und wissen selbst nicht wie, denn Sie sind es, die diese Volkschancen geschaffen haben, deren Kind ich bin. (Lachen rechts.)

Hätten Sie die Millionen, die Sie für die Kirche bewilligen wollen, jetzt für die Volksschule heranziehen. — (Lachen rechts.) Dann hätten Sie auch nicht mehr gefehlt! Den Pfarrendirektor bitte ich, sich die Antwort in Strich 5 Vers 14 nachzulesen. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich die Herren, die Antwort nachzulesen, die ich feinerzeit im Reichstage dem Abg. Weimer gegeben habe, als mir Sprachschwierigkeiten vorgekommen waren. Unten in der Besprechung zur Sache habe ich schon im vorigen Jahre dargestellt, daß wir sowohl für die evangelische als für die katholische und die jüdische Geistlichkeit jede

Unterstützung aus Staats- und Gemeindefinanzen

ablehnen. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt liegt aber auch heute gar keine Grund vor, die verlangten Millionen für die Kirche zu bewilligen. Ist denn nun die Kirche wirklich so arm, daß sie 12 Millionen mehr Unterstützung braucht? Wir sind nicht der Ansicht, das Gehalt der Geistlichen beträgt offiziell 1800 bis 4800 Mk. Der Wohnungsgehalt beträgt in Berlin a. V. 1500 Mk. Nach zehn Jahren steigt das Gehalt der Geistlichen auf 3000 Mk. mit Wiedereinstellung 4500 Mk. nach 20 Jahren auf 6300 Mk. In Berlin beginnt das Einkommen einschließlich Wohnungsgehalt mit 4000 bis 4500 Mk. und endet mit 8500 bis 9000 Mk. Die Hälfte des preußischen Volkes hat ein

Einkommen unter 900 Mk.

(Hört, hört! b. d. Soz.) In demselben Augenblick, wo Sie der evangelischen Kirche 12 Millionen geben wollen, haben Sie eine Petition nicht zur Berücksichtigung überwiesen, die 20 Wg. mehr Lohn für die Bergleute verlangt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Jetzt wollen Sie 10 Millionen mehr bewilligen, obwohl der Reichstag eine lauthare Ansprache der Kirche! nicht vorhanden. Unsere Forderung der Trennung der Kirche vom Staat ist keine sozialdemokratische, sondern ist a. V. in Frankreich vom Bürgertum durchgeführt worden. Die „Nationalzeitung“ hat vor kurzem geschrieben: „Die preussische Kirche ist schon viel zu sehr Staatskirche geworden, was hat der Staat für eine Verpflichtung, immer tiefer für die Kirche in den Welt zu greifen. Der Einfluß des Staates auf die Kirche ist ein Krebsgeschwür.“ Er fordert ihre Wirkung im Volke außerordentlich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Kirche sollte streben, vom Staate loszukommen. Sollen die Geistlichen sich denn immer mehr zur schmerzlichen Aufgabe herablassen? Die Kirche kann die Summen, die sie zur Besoldung ihrer Geistlichen braucht, sehr gut selbst aufbringen. Auch dafür gibt die „Nationalzeitung“ ein Beispiel. Sie schreibt: „Kirchen mit 10-12000 Mk. Einkommen

sind vorhanden in Gemeinden mit kaum 1000 Seelen. Es gibt Kirchenstätten, die im Gelde wüßten“ — das sagt kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein bürgerliches — und sehr wenig für die Gesamtheit leisten. Der Vorher weiß nicht, wie er die Zeit durchbringen soll.“ So schreibt ein bürgerliches

Blatt! Und da nehmen Sie es uns bösel, wenn wir in einer Zeit, wo der

Dalles im Staat und Reich

chronisch geworden ist, dagegen protestieren, daß so Hände voll Milionen hingeworfen werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) In den Gemeinden der Pfarren, die so glänzend besetzt werden, kommen häufig das ganze Jahr über nur ein Dutzend Todesfälle, Hochzeiten und Kindtaufen vor. Ein Geistlicher in einer Gemeinde mit 1500 Seelen erhält ein Gehalt von 14000 Mk., einer mit über 10000 Mk. ist in einem Orte mit 750 Seelen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gegen diese Kleinrentenpflicht protestieren wir, zum angestrichen der Arbeitslosigkeit und des

Waffenlebens im Volke.

(Zustimmung b. d. Soz.) Die Wehrkraft der Pfarregehälter übertrifft die Wehrgehälter um das Doppelte; bei den Wehrern aber haben Sie eine Dohirnange feigeigt, bei den Geistlichen wagen Sie das nicht. Bei den Wehrern war der Sonntag nicht so freigelegt mit den Millionen. Als ich bei der ersten Sitzung darauf hinwies, daß Anstalten die Einreden aus den Gesandnissen bedienen, erregte das Widerspruch Die „Eckelische Zeitung“ hat aber erst in letzter Zeit festgestellt, daß die Einrede in Preußen bei der Übernahme des Provinzialparlamentes in eigene Regie einen

Gewinn von 4297 Mk.

gemacht hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich erinnere auch an die Friedhofsspekulation. Der Abg. Schöber hat in der Berliner Stadthunde es kritisiert, daß man über 4 1/2 Millionen für die Friedhöfe ausgegeben habe, die für lange Zeit nicht in Benutzung genommen werden können. Die Friedhofsspekulation bringt ungeheure Summen ein. Ich weiß nicht, ob Sie es billigen, daß die Diener des Kaisers sich mit Fernabschaltung (!) abgeben. Ich verbitte mir, daß Sie in diesem Tone von unserm Herrn und Heiland sprechen. (Bravos rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.) (fortfahrend): Wenn die Kirchenverwaltung die Spekulation für richtig hält, so ist das ihr gutes Recht, aber dann soll sie auch die Kosten für die Gehälter der Geistlichen aufbringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Potsdam-Wilhelmsruh bei Berlin werden Farmwiesen, die eine Million Reichsmark repräsentieren, nicht verkauft, und die Kirchenbehörde hat offenbar erklärt, sie müsse Weidmät darauf sein. Ich das Land nicht so billig verkauft werde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ebenso hat man in Siegen es abgelehnt, einen Kirchenhof oder zu verkaufen trotzdem 80000 Mark geboten waren, mit der Motivierung, es sei nicht angebracht, den Grund und Boden gegenwärtig, das das Grundbesitzgeschäft gänzlich stillstehen (wie!), billig zu verkaufen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die Erbschaften werden die Geistlichen sehr gut einzufließen. In Preußen wurde ein Lehrer angefaßt, weil er am Grabe einen Kreuz aus einem Bestandteil verfertigt hatte, und nur deshalb, weil dadurch dem Geistlichen 9 Mark Erbschaft entgingen. (!) (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei der Beamtenbesoldung wurde anerkannt, daß unsere Anträge die Ausgabe von 17 Millionen verlangten. Man behauptete, dafür sei keine Dedung zu finden. Mit den Millionen, die Sie der Kirche jetzt geben, hätten Sie unsere Forderungen schon erfüllen können. Andererseits wäre auch eine Statistik über den Kirchenbesitz. An Stuttgart ist festgestellt, daß von 170000 Gemeindefällen 150000 den sonntäglichen Gottesdienst nicht besuchen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es gibt sonar Geistliche, die vor Drobungen nicht zurückschrecken, um Leute zur Kirchensteuer zu veranlassen. Ein Pfarre Stubbe aus Hamburg hat ein Ehepaar unter dem 11. November 1908 geschrieben: „Unter dem 1. November haben Sie Ihren Austritt aus der evangelischen Kirche angezeldet. Den Gang zum Amtsbüro können Sie sich sparen, da eine Befreiung von der Kirchensteuer mit dem Austritt nicht verbunden ist.“ (!) Das ist unmaß der Mann hat nur noch ein Jahr Kirchensteuer zu zahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Charakteristisch ist, daß der Geistliche weiter schreibt: „Sobann wird im Falle des Todes kein fremdliches Wort am Grabe gesprochen, noch wird die Glode geläutet.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Der vollkommene Austritt wird der Gemeindefall — hier im Sinne von Veramerbaleichheit, also dem Arbeiter „angerechnet.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Die dem Geistlichen tut es not, das Wort ins Gedächtnis zurückzurufen: Liebet eure Feinde.

Präsident v. Röcher bittet den Redner, zum Gesehenwurf zu sprechen.

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich wollte bemerken, daß die Pflichten der Kirche in der evangelischen Staatskirche von den Geistlichen selbst ausgeht wird. Der betreffende Geistliche sagt: Die Kirche ist

im Sinne des Kapitals,

sie steht auf Seiten der bestehenden Klassen. Niemand kann etwas Heren dienen. Nicht der Dogmenlaube tut not, sondern die Weidung wahrer Menschlichkeit, wahrer Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Sorge der Staat vor allem für Waisen und Erbenlos. Das ist der Auftrag, der uns vorwärts treibt. Geben Sie dem Volke für die Millionen, die Sie der Kirche opfern, Bildung und Erkenntnis

und natürlich auch körperliche Weidung, dann werden wir die Todesstrafe und die Krügelstrafe entbehren können. Es ist ein

Tiefstand der Kultur,

daß im 20. Jahrhundert in diesem Sinne noch die Krügelstrafe gefordert werden kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie werden ja trotz aller Vermunftgeunde die Millionen für die Kirche bewilligen, weil Sie von der Kirche hoffen, daß sie Ihnen als Bundesgenossin Ihre Vorrechte erhält. Wären Sie sich nicht, wenn das Volk daraus seine Konsequenzen zieht, nicht bloß die Nichtglaubigen, die mit dem Dogma fertig sind, sondern auch die Frommen, welche eine mehr und freie Kirche haben wollen. Das Volk hat die Selbsthilfe in der Hand: den

Austritt aus der Kirche.

Wenn es dazu kommt, daß die Massen der Kirche nicht mehr angehören, dann denken Sie an das Wort, daß Sie die Totengräber Ihrer eigenen Kirche sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Damit schließt die allgemeine Besprechung. Eine Spezialdebatte entfällt sich nicht. Das Besoldungsgefesse für die evangelischen Pfarren wird angenommen.

Die nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: Steuergefesse.

Schluß: 6 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein bishen jubel verlangt!

Ein arbeitsloser Arbeiterer erhielt das folgende Schreiben: Grotta (Weißalen), den 12. Februar 1909.

Herrn

Sottierer

in Offen bei Hünde.

Auf unsere mündliche Unterhaltung bezeichnend, möden wir Ihnen die tragliche Sortierereile übertraen und stellen Ihnen an, an welchem Tage Sie vor Anfang März eintreten wollen.

Wir wissen nun nicht, welcher politische Partei Sie angehören, summern uns auch darum nicht, müssen Ihnen aber vorwundern sagen, daß für die Sozialdemokratie hier kein Boden ist, und müssen Sie sich verpflichten, sozialdemokratische Ideen nicht unter unsere Arbeiter zu tragen. Geben Sie uns nun möglichst logisch Nachrich, wann Sie einzureisen gedenken.

Gebr. Kruge und Cie.

Was sich so'n Unternehmer nicht alles herausnimmt! Mit dem Leib des Arbeiters allem ist er nicht zufrieden — er will auch die Seele noch obenhaben haben. Diese Sorte wird bald kein sein geben, wenn die Arbeiter derartige dreiste Zumutungen energisch zurückweisen werden. Vielleicht wird der gute Mann anderen Sinnes, wenn er seine Zigaretten eine Zeitung allein rauchen mus.

Soziales.

Die fürsorglichen Junker.

Die ostelbischen Agnaten ließen ein über vor lauter Fürsorge für „ihre“ Arbeiter. So hat sich zu dem Plane der Reichsregierung, den Krankenversicherungsgesetz auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auszuweiten, der Vorstand der Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern in einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister dahin geäußert, daß er eine allgemeine Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes auf die landlichen Arbeiter nicht für notwendig erachte, da die Krankenversicherung durch die Arbeitgeber in der Regel freiwillig in genügender Maße gewährt werde!

Die Herren von der Landwirtschaftskammer müssen mit den Verhältnissen auf dem Lande auch nicht im geringsten vertraut sein, sonst müßten sie wissen, daß eine Krankenversicherung für die Landarbeiter und ihre Familien dringend notwendig ist. Heute wird vielfach erst dann der Arzt geholt, wenn es gilt, einen Totenschein auszustellen. Und wir weisen darauf hin, daß die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die in Königsberg gelang hat, die Ausdehnung der Krankenversicherungsverpflichtung auf die Landarbeiter gefordert hat. Sie hat erklärt, daß die reichsrechtliche Krankenversicherung für die Landarbeiter im allgemeinen notwendig und nützlich sei. — Nun lautet der Bescheid der ostelbischen Landwirtschaftskammer in seiner Eingabe weiter: Sollte der Versicherungsanspruch eingeleitet werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß die Einführung der Versicherungspflicht für Landarbeiter in dünn besiedelten und wenig wohlhabenden Kreisen, wie sie vor allem in den östlichen Provinzen zahlreich vorkommen, erheblichen, finanziellen Bedenken unterliegen, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung erheblicher Erlei-

Sonnabend, den 20. Februar abends 9 Uhr

schluss unserer 11. Woche.

Benutzen Sie diese letzte billige Einkaufs-Gelegenheit.

Leopold

Wassbaum

Halle a. S.,
Grosse
Ulrichstrasse
60/61.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 43.

Seite n. J., Sonnabend den 20. Februar 1909.

20. Jahrg.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Parteitag in Nürnberg hat nach dem Antrag 16 von Frankfurt a. M. eine Kommission von 21 Genossen aus den verschiedenen Landesteilen eingesetzt, mit dem Auftrag, eine Revision des Organisations-Statuts vorzunehmen und rechtzeitig den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts zu veröffentlichen. Die Kommission hat am 11. und 12. Januar in Berlin getagt. An den Verhandlungen haben zwei Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen. Als Resultat der sehr eingehenden Beratungen veröffentlicht wir im Auftrage der Kommission den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts. Die Änderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

Parteiliederhörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Uebertragung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Parteigliederung zu den einzelnen Wahlkreisen organisatorisch örtlich geregelt werden. Erträgt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Orte ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen. Denen die schließliche Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einmühen mit dem Parteivorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche bis 20 Pf. betragen. Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern. Mindestens 20 Prozent der eroberten Mitgliedsbeiträge sind an die Zentralfeste abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteioorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem vom Parteivorstand zu verfassenden Fragebogen zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über: Art und Umfang der erfassten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern eroberten Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbleibenden Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in Bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Wohnzahl, hat in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliedszahl. Bis mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten mindestens eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteioorganisationen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

§ 9. Die Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 10. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einberufen ist.

Der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, aber kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 11. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der vorgeschriebenen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Besichtigung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages der Partei bekannt zu geben hat.

§ 12. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben betreffenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingebrachten Anträge.

§ 13. Ein außerordentlicher Parteitag ist einberufen:

1. auf einstimmigen Bescheid des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage nachzugeben, so ist der Parteitag von

den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 14. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des außerordentlichen Parteitages zu veröffentlichen. Am Termin selbst für die außerordentlichen Parteitages dieselben Bestimmungen wie für ordentliche Parteitages (§§ 7 und 8).

Parteiorgan.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorständen, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, von denen einer Vertreter der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorstände, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreter der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzetteln in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Das erste Mal hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Vergütung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch feierliche Beschlüsse die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch ermisst kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein flagranter Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein Recht, die Parteigenossen oder die Partei der Partei verbindlich zu machen, auch ermisst kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein flagranter Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Nieder wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand bezieht die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Geltung der Parteioffiziale. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtart der Parteigenossen betreffenden Fragen hat der Parteivorstand Vertreter der Landes- bzw. Bezirksorganisationen zuzuziehen zu hören oder, zu einer Konferenz zu berufen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Verfassungsinstitut der Parteigenossen gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einmündungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des reaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Geltung des Zentralorgans sowie der Bewaltung desselben wählen die Parteigenossen des Reichs und der Vororte eine Prüfungskommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis besteht.

Die Prüfungskommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prüfungskommission entscheiden die Kontrollkommission der Parteivorstand und die Prüfungskommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines großen Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer ehrlichen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitglieds erfolgen, wenn es wiederholt in besessener Weise die Parteinteressen schädigt.

§ 24. Wegen die Entziehung des Parteivorstandes der Bezirks- bzw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb von Wochen nach Zurücklassung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Weisung wählt der Angeklagte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Parteivorstandes zu beschränken ist, dem der Angeklagte angehört. Den Vorsitzenden bezieht der Parteivorstand.

Unterliegt es der Angeklagte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als angeklagt.

Die Aufhebung des Schiedsgerichts sowie dessen eventuelle Befugnisse erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entziehung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens zwei Wochen vor Stattdessen des Parteitages beim Parteivorstande eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Anzeigen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei ausprechen, auf Suspendierung von Parteimitgliedern zu erkennen und Folgen zu erzielen.

Das Recht der Organisationen aus ohne Ausschlußantrag eine Unterdrückungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, des er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausschließungen ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landesorganisationen zu richten, bei dem das Ausschlußverfahren seinerzeit abhängig gemacht worden ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers zu hören.

Die Entscheidung über den Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist zu zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Änderung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 10 und 11 vorsehen, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt.

Eine Abänderung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreierlei der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abänderung entscheiden.

Deutscher Reichstag.

210. Sitzung. Donnerstag, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr. Die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Bankgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Karmpt (Frei. Vpt.): Am Sinnen unseres Reichs ist nicht die Reichsbank schuld, sondern unsere falsche Finanzpolitik. (Sehr richtig! h. d. Freiz.) Die Reichsbank zu verstaatlichen, davon kann gar nicht die Rede sein. Der vorliegende Entwurf ist eine geeignete Grundlage zur Reorganisation des Reichsbankwesens unter Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Goldwährung.

Reichsbankpräsident Habentien drückt sich, so viel man bei seiner leisen Äußerung verstehen kann, gegen Verstaatlichung der Reichsbank aus.

Abg. Frank (Soz.):

Leiber ist der Abg. Singer, der Mitglied der Bankentwerfkommision war, im letzten Moment verhindert worden, zu sprechen, und für ein Mitglied, das der Kommission nicht angehört, ist es sehr erwidert, die Protokolle zu würdigen, da sie sich befinden auf Grund von Sachverständigen berufen, die uns geheim gehalten sind. Diese Geheimhaltung ist sehr unangebracht, um Staatsgeheimnisse handelt es sich doch sicher nicht dabei. Wenn die Beschlüsse, auf mancher Seite aber auch gefährliche Sinne des Journalismus in unser Bankwesen hineinzieht, so wird das genug nichts ändern. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Rechtenswert ist sicherlich der in der Kommission gemachte Vorschlag eines Aufsichtsamtes für Banken, da unsere Großbanken über das Niveau der Privatbanken hinausgewachsen sind und eine große wirtschaftliche Tragweite erlangt haben. In Amerika hat sich die Bankaufsicht bewährt. Allerdings große Bankstraßen hat es bei uns noch nicht gegeben, aber es ist gut, vorzugehen. (Zust. h. d. Soz.) Die Regelung des Depositionswesens hat man in der Bankentwerfkommision verhandelt. Offenbar in einem Anfall von Mäßigkeit über den Gehalt der Großbanken, welche sich bereit erklärt haben, aller zwei Monate ihre Bilanzen zu veröffentlichen. (Sehr gut! und Beifall h. d. Soz.)

Die Goldfrage wird in ihrer Bedeutung gemeinsam überbracht. Entscheidend für die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Diszontofah ist nicht die Goldpolitik, sondern die internationalen Verhältnisse sind das Entscheidende. Wenn unsere Bilanz eine ungünstige ist, so ist daran unsere verkehrte Finanzpolitik schuld. (Beifall h. d. Soz.)

Rebner mündet sich zur Vorlage. Die Anteilhaber der Reichsbank können auch nach der Vorlage immer noch zu gut weg. Es sind durchaus hohe und auch durchdrachtliche Herren, und wir zweifeln nicht daran, daß bei den Grundrissen der Sparlosigkeit und der Überwindlichkeit, wie sie der Herr Reichsanwalt dieser Tage wieder im Bewusstsein laubend über den gewordigt hat, die Anteilhaber bereit sein werden, auf dem Ufer des Vaterlandes Opfer darzubringen. In der Kommission hat einer der Herren, Kommerzienrat Silber, erklärt, daß er Gemütsruhe empfinden hat, bei einem so tüchtigen Enkel wie die Anteil der Reichsbank sind, 9 bis 10 Proz. Einlagen. (Zust. h. d. Soz.) Dem Mann, dem wir gewollt werden! Wir sind bereit, dem Reich die Mittel zu stellen, die wir für die Hilfe der Reichsbank auf die Höhe des gesetzlichen Zinsfußes beschränkt werden. Das würde

dem Reich vier bis fünf Millionen jährlich einbringen. Allerdings nicht durch die aber mit dem Grundbesitz des Herrn v. ...
Nebenher wendet sich gegen den Gedanken der Verstaatlichung (Widerruf des Abg. Reich: Wo bleibt die Verstaatlichung?) ...
Abg. Noss (Wittich, Reg.): Die Furcht des Vorredners, die Reichsbank könne eine Kreditanstalt für Junker werden, ist unangebracht. ...

angehende, in dem gesagt war, das Austritten des Privatgläubigers vor Gericht sei fombienhaft gemein. Nur dieses Wort hat es dem Richter angehen.
Die Sache kam wiederum zur Berathung. Als Vergleichsbedingung wünscht der Vertreter des Privatgläubigers weiter nichts, als ihm zu sagen, was in einem ersten Reichsbank-Telchom betreffenden Volksblatt-Artikel die Anspielungen auf die Grundbesitzer bedeuten sollen.
Dieses Verlangen erhebt sich sehr selten. Ist es in Erfüllung worden, dann möge, das ein Reichsbank seine Interessen mit denen seines Klienten verquid?

gingen der Arbeiter ausgefallen ist, so bleibt es doch zu behaupten, daß so viele Wähler sich zum Wahlplatze fernhalten. Auch gesellschaftlich und politisch organisierte Arbeiter machten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch. Ein Genosse meinte, er sei kein Steuereinzahler. ...
Zeraplan, 18. Februar. (C. B.) Von der Freibank. In vergangener Woche fand in der neuerrichteten Freibank am ersten Male der Verkauf von tuberkulösem Schweinefleisch statt. ...

Abg. Noss (Wittich, Reg.): Die Furcht des Vorredners, die Reichsbank könne eine Kreditanstalt für Junker werden, ist unangebracht. ...
Abg. Wommien (Reich, Reg.): Herr Reich hat etwas aus den Verhandlungen der Bankensatzung gelernt zu haben. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Straßammer. Das Karl Schindliche Ehepaar hatte in der Salzfurte einen Handel mit Grümparen, Geflügel usw. ...
Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Schöffengericht. Der Sommerbische Simon hatte einen 60 Jahre alten Heilighäufchen auf der Landstraße angefallen und ihn arg mißhandelt. ...

Zeusenthal, 18. Febr. (C. B.) Schwaerer Raufsch. Ein 30jähriger Wegmann hatte der Raufsch am 12. d. M. in einem kleinen Raufsch angefallen. ...
Nennstedt, 18. Februar. (C. B.) Aus den besten der Welt. Die bisher noch unbestrafte 40jährige Arbeiterfrau Marie S. in Nennstedt verlor am 10. d. M. aus dem Schuppen einer dortigen Kohlengrube einige Maßproben zu entnehmen. ...

Abg. Dr. Frant (Soz.): Der Abg. Naab sprach von meiner Jungfrau für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was es darunter versteht. ...
Abg. Dr. Frant (Soz.): Ich weiß also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen lasse, mit Entrüstung zurück. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Schöffengericht. Der Sommerbische Simon hatte einen 60 Jahre alten Heilighäufchen auf der Landstraße angefallen und ihn arg mißhandelt. ...
Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Schöffengericht. Der Sommerbische Simon hatte einen 60 Jahre alten Heilighäufchen auf der Landstraße angefallen und ihn arg mißhandelt. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Abg. Dr. Frant (Soz.): Der Abg. Naab sprach von meiner Jungfrau für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was es darunter versteht. ...
Abg. Dr. Frant (Soz.): Ich weiß also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen lasse, mit Entrüstung zurück. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Abg. Dr. Frant (Soz.): Der Abg. Naab sprach von meiner Jungfrau für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was es darunter versteht. ...
Abg. Dr. Frant (Soz.): Ich weiß also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen lasse, mit Entrüstung zurück. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Abg. Dr. Frant (Soz.): Der Abg. Naab sprach von meiner Jungfrau für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was es darunter versteht. ...
Abg. Dr. Frant (Soz.): Ich weiß also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen lasse, mit Entrüstung zurück. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Naumburg, 18. Februar. (C. B.) Diebstahl. Auf Grube Paul (Hörschke) wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch in der Schutzhütte verübt und Kostbarkeiten geraubt. ...
Kaltenhain, 19. Februar. Morgen, Sonnabend abend findet im Gasthof „Deutscher Kaiser“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...

Berthold Meryan. (Nachr. verb.)
Roman von Cornelia Hugens.
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)
Weglich der Frauen hatte Bertholds Lebenserfahrung mit ansehnlichen Jahren ihn schon mehr andere Dinge als mit fünfzig Jahren zu thun, was ihm früher in dem Leben verfallen vermischt und rätselhaft erschienen war, glaubte er nun vollständig verstehen und ergreifen zu können. ...
Die zweite Kategorie bestand aus den oberflächlichen, süßartigen Geschöpfen, welche, wie einmal oftmals recht anständig und verführerisch, demnach sehr stillen und verhängnisvollen Eigenschaften harrten, wie die von Binde aufgetriebenen Ionen Baumblätter ohne Gleichgewicht durchs Leben wirbelten und immer Innermarkte ihres vernünftigen Verhaltens außer Achtung brachten. ...

Weglich der Frauen hatte Bertholds Lebenserfahrung mit ansehnlichen Jahren ihn schon mehr andere Dinge als mit fünfzig Jahren zu thun, was ihm früher in dem Leben verfallen vermischt und rätselhaft erschienen war, glaubte er nun vollständig verstehen und ergreifen zu können. ...
Die zweite Kategorie bestand aus den oberflächlichen, süßartigen Geschöpfen, welche, wie einmal oftmals recht anständig und verführerisch, demnach sehr stillen und verhängnisvollen Eigenschaften harrten, wie die von Binde aufgetriebenen Ionen Baumblätter ohne Gleichgewicht durchs Leben wirbelten und immer Innermarkte ihres vernünftigen Verhaltens außer Achtung brachten. ...

Weglich der Frauen hatte Bertholds Lebenserfahrung mit ansehnlichen Jahren ihn schon mehr andere Dinge als mit fünfzig Jahren zu thun, was ihm früher in dem Leben verfallen vermischt und rätselhaft erschienen war, glaubte er nun vollständig verstehen und ergreifen zu können. ...
Die zweite Kategorie bestand aus den oberflächlichen, süßartigen Geschöpfen, welche, wie einmal oftmals recht anständig und verführerisch, demnach sehr stillen und verhängnisvollen Eigenschaften harrten, wie die von Binde aufgetriebenen Ionen Baumblätter ohne Gleichgewicht durchs Leben wirbelten und immer Innermarkte ihres vernünftigen Verhaltens außer Achtung brachten. ...

zuführen. Es ist leider zu konstatieren, daß viele Genossen sich leicht wie in die Kollatur färrnen. Sie laufen, obwohl sie in den Vorden nicht gern geloben werden, immer noch den Worten nach, die mit uns nichts zu tun haben wollen. Hier soll die Unterhaltungsbene bleiben. Hoffentlich werden die Sangerhäuser Arbeiter die Veranstaltungen sährlich beirigen.

Sangerhausen, 18. Februar. Das Bezirkskommando macht bekannt, daß jede Wohnungsveränderung der Mannschaften des Heerurlaubenlandes unverzüglich der Kontrollstelle zu melden ist. Im anderen Falle erfolgt Verstrafung.

Die Stants- und Gemeindefeuer für das laufende Vierteljahr sind baldigst an die Kammerkasse einzusahlen.

Litferde, 19. Februar. Das laufende Vierteljahr II ist gestern nachmittags aufgefiegen. Nach circa 20 Minuten Probefahrt erfolgte die Landung, welche glatt konstaten ging.

Mühlberg, 18. Februar. Die Richtbörse-Verträge des Generalschaftsstellens finden erst am Sonntag, den 28. Februar statt, nicht diesen Sonntag.

Güterwerda, 18. Februar. (C. V.) Die Meiste. Gegen den früher hier wohnhaften Baunernnehmer Rüppel, jetzt in Dresden, verhandelte die Strafkammer in Erga, wegen Vergehens gegen § 240 b der Konfuzordnung. Er soll seine Handelsbücher, zu deren ordnungsmäßiger Führung er verpflichtet war, lüderlich geführt haben. Die Strafkammer nahm auch nach einer sehr langwierigen Beweisaufnahme ein Vergehen im Sinne des Gefängnisbefehls an und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Zschibitz, 18. Februar. (C. V.) Die Heizer und Maschinenisten des Landeshaus hielten nächsten Sonntag im Festlichen Lokale eine Versammlung ab, um den Ernst ihrer Verhältnisse aus Anlaß der Krise zu besprechen. Vor zwei Jahren begann und endete der Kampf, der ihnen die Sympathien der gesamten Arbeiterchaft eintrug. Sie waren damals geschloffen und einzig. Mögen sie es heute wieder sein und volkshäßig erscheinen.

Wagberg, 18. Februar. Vom Hochwasser. Infolge ausdauernden Stiegens des Westwindes wütht die Gefahr vor Zschibitz in bedrohlicher Weise. Ein Teil der Stadt ist schon überschwemmt. Viele Häuser wurden bereits geräumt.

Kriegsgericht der 3. Division.

Halle, 17. Februar.

Eine Straftat wurde die logische Folge der anderen. Der Aussteuer Paul Wag Billing von der 7. Kompanie des 3. Jäger-Regiments Nr. 13 hat trotz seiner Jugend ein sehr buntes Leben hinter sich. Der 24jährige Mensch, von Beruf Dienstreicher, hat schon das In- und Ausland bereist und auch schon zwei Gefängnisstrafen von einem Tage und drei Monaten wegen Diebstahls erhalten. Ueber ihm schwebte das Damoklesschwert der Militärbestimmungen. Am Oktober d. J. wurde er Soldat; er führte sich auch gut und erhielt eine Abtheilungsauswahl. Zu der Meile in die Heimat nach Eisenberg hatte er sich ein eigenes Koppel und eine eigene Wäse machen lassen; er besetzte er sich ein Karabidie, Sack, die er nicht bezahlen konnte. Die Kammeraden machten ihm deshalb Vorwürfe wegen leichtsinnigen Schuldensmachens; er bekam Angst und der Unteroffizier ertheilte ihm den Rat, sich von seinen Eltern gelegentlich der Urlaubereise das Geld zum Bezahlen der Sachen geben zu lassen. Als er am 30. Dezember nach der Mutter gefragt wurde, ob er das Geld mitgebracht habe, sagte er, er habe von seinen Eltern noch 16 M. erhalten, aber den Betrag leider verloren. Dies war unrichtig. Der Unteroffizier merkte dies auch und sagte zu Billing, er werde bei dessen Eltern einmal telephonisch anfragen, ob er wirklich 16 M. erhalten habe. Billing bekam nun noch mehr Angst, da er tatsächlich nur 5 M. erhalten hatte. Er fürchtete, wegen Vergehens eines Angehörigen bestraft zu werden und verließ am Abend des 30. Dezember seinen Truppendienst. Auf dem Wege von Altenburg nach Leipzig reiste in ihm der Entschluß, nicht wieder zurückzukehren, sondern nach Oesterreich zu wandern, wo er früher schon gearbeitet hatte. Seine Militärakten machte er, so gut es ihm gelang, unkenntlich; dann entfloh er sich, nachdem er beim Wächter in Etzschheim die Fäße gekreuzt hatte, nach Weitzdorf bei Zeitz, wo er früher gedient hatte, zu wandern, um sich Nahrungsmittel, Zinnsäber und etwas Geld zu verschaffen. In der Nacht vom 6. zum 7. Januar traf er in Weitzdorf ein, brach dort bei seinem früheren Dienstherrn ein und entwendete Nahrungsmittel sowie ein Leinwandstück. Dann ging er in die Gendarmenstube eines anderen Landwirths und entwendete zwei Ankerl Wein, am 11. und 9 M. Anhalt, einen Zuckerkuchen in dessen Wäse, eine Uhr, Säckelchen und andere Kleidungsstücke. Von Weitzdorf beschlichste er über Gera nach Oesterreich zu wandern. Er überlegte sich aber die Sache nachträglich, beschloß umzukehren und sich seinem Truppendienst wieder zu stellen, was auch geschah. Der Angeklagte räumte

seine Tat unter Tränen ein und sagte, er habe den Truppendienst nur aus Schamgefühl verlassen. Eine anderen Anklage als Angst und Schamgefühl habe er nicht gehabt. Allerdings habe er anfänglich die Wäse gehabt, bis zum 40. Jahre im Auslande zu bleiben. Bei seinem Eintritt in den Militärdienst habe er sich aber vorgenommen, nie wieder zu irren. Die Vorzeigten des Angeklagten behaupteten, der Mann habe sich sehr müßig und dienstfertig gezeigt. Das Gericht (als die Sache mit an und verurteilte den Angeklagten unter Ablehnung der Vergebung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu vier Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angeklagte habe trotz seiner Straftaten bewiesen, daß er ein ganzes Ehrgefühl besitze.

Gerichtssaal. Strafkammer.

Halle a. S., den 18. Februar.

Vorsitzender: Landgerichtsdirktor Schubert; Ankläger: Erster Staatsanwalt Schöpe.

Die gefährdete Sittte der Theologen. Ein heiliger Buchhändler wurde wegen Verbreitung unächtiger Schriften zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte pikante Volkstänze und Hochzeiten ausgestellt, letztere mit Zetteln wie: „Die Brunnacht“, „Es ist alles da“ u. s. w. In der Urteilsbegründung wurden die Schriftstücke als „schamloses Zeug“ bezeichnet. Zwei Kandidaten der Theologie hatten an den Schaufstellungen Antheil genommen und Anzeige erlathet. Der Buchhändler erklärte nach dem Urteilspruch bereit, die Strafe nicht annehmen zu wollen. Die Verhandlung war nicht öffentlich. Von den Theologen ertheilte das eine nicht verbindlich, daß sie sich das schamrige Zeug aufkauften. — Wenn man so etwas nicht sehen will, schaut man einfach weg.

Von den Rückfallbestimmungen. Ein wegen Diebstahls vorbestrafter Arbeiter von hier entwendete am 10. Dezember v. J. drei Weinabtheilungen von einer Vore auf dem hiesigen Güterbahnhof. Er will vorher mit dem Eigentümer händelseimig geworden sein und zwar steht über zwölf Stück. Die Strafkammer glaubte ihm indes die Aussage nicht, sondern verurtheilte ihn wegen Rückfallvergehens zu drei Monaten Gefängnis.

Allerlei.

Der Berliner Messerstecher.

Berlin, 18. Februar. Ein neuer Messerangriff wurde heute mittag der Kriminalpolizei gemeldet. Die Tochter eines Großhändlers, die mit ihrer Erzieherin durch die Magdeburger Straße ging, erhielt von einem unbekanntem Täter einen Stich. Außerdem wurde ihr das Kleid beschädigt. Der Unfall wird augenblicklich noch untersucht. Der Täter ist auch jetzt wieder entkommen. Bisher waren 23 Stecherien auf Frauen und Mädchen gemeldet worden. Die 50 Veronen, die unter dem Verdacht der Täterschaft angehalten und festgenommen wurden, mußten von der Kriminalpolizei alle wieder entlassen werden.

Wer hat das englische Knabbd verurtheilt?

London, 18. Februar. Ueber die Ursachen des Unfalls auf den Stanleygruben hat die Untersuchung noch keine festen Anhaltspunkte ergeben. Heute sollen die geforderten Leichen rekonstruirt werden. Noch immer werden 10 Bergleute vermißt. Die Rettungsarbeiten der letzten Nacht an der West-Stanley-Grube haben keine besseren Ergebnisse gezeitigt als die Tagesarbeit.

Polizisten als Begehrter.

Rattowitz, 18. Febr. Wie die „Rattowitzer Rg.“ meldet, wurden Arbeiter auf dem Heimwege von der Rattowitzer Riffgrube auf der Chaussee von mehreren Veronen angefallen und ihrer Wohnung beraubt. Als sich der 18jährige Arbeiter Nyba zur Wehr setzen wollte, wurde er von den Räubern erschossen. Ein Kolonnenoffizier auf einem Patronenreit, der die Streife gerade passierte, verfolgte die Begehrter und nahm einen von ihnen fest. Dieser entpuppte sich als Polizeibeamter aus Sosnowice. Er gab auch keine Spiegelfechel an, die ebenfalls Polizeibeamte in Sosnowice sind. Auch diese wurden sofort verhaftet.

Englischer Jng.

Dedenburg, 18. Februar. Bei Vurbach entgleiste ein Personenzug, der Geizer wurde getödtet, der Lokomotivführer schwer verletzt, von den Reisenden wurde niemand verletzt. Mehrere Wagons sind zertrümmert.

Als Gierhcht.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Im Hause Neßthderstraße 93 hat sich heute vormittag der 28jährige Arbeiter Georg Mayer aus Grünberg (Oberhessen) erschossen, nachdem er vorher auf das 17jährige Wäldchenhina Lina Wälder aus Unterleimbach zwei Revolverkugeln abgefeuert hatte. Mayer, der mit dem Wäldchen ein Liebesverhältnis unterhält, war sofort tot, das Wäldchen ist lebensgefährlich verletzt. Das Motiv der Tat ist Gierhcht.

Vom Meer unterbrüht.

Madrid, 18. Februar. Aus Mataro, einer Stadt von 20 000 Einwohnern in der Provinz Barcelona, wird berichtet, daß das

Meer den am Wasser gelegenen Teil der Stadt ernstlich bedrohe. Geküer sei bereits die Front eines Gebäudes infolge Untergründung eingestürzt; eine Anzahl anderer Gebäude droht ebenfalls einzufürzen und müste schleunigst geräumt werden.

Im Rebel.

London, 18. Februar. Im Kanal herrschte gestern ein überaus starker Rebel. Als dieser sich zu heben begann, sah man ein großes Dampfgeschiff, etwa zehn Meilen von der Küste von Dover entfernt, das offenbar schwer beschädigt war. Das Schiff hatte alle seine Rettungsboote herabgelassen und brachte sich im Kreise. Ein harter Schlopper, die „Don Garzon“, wurde dem Dampfgeschiff zu Hilfe geschickt, aber kaum war er in See gegangen, als sich der Rebel von neuem setzte und es unmöglich machte, den hilfsbedürftigen Dampfer zu finden.

Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter.

Vor einiger Zeit war der Gewerkschaftsbeamte Otto Klabian in Wien auf Untergründung von Verbandsgehöben in Höhe von 180 Mark, dem Hafenarbeiter- und Seemannsverband gehörig und unter Zurücklassung von Privatschulden im Betrage von 600 Mark sährlich geworden. Er wurde aber verhaftet und ist jetzt in Wien abgeurteilt worden. Ihm wurde Untergründung, Betrug in mehreren Fällen sowie Irthümdenbegründung zur Last gelegt. Seine Ehefrau wurde des Betrugs in einem Falle und der Irthümdenbegründung beschuldigt. Anlaß war vor Gericht zu die Verbandsliste geschädigt zu haben. Anlaß erhielt ein Jahr und zwei Monate Gefängnis. Seine Frau bekam zwei Monate und fünf Tage Gefängnis. — Die Scheidung folgte ein sehr bewegtes Leben hinter sich, so daß es erlaunlich ist, wie man den Mann mit dem wichtigsten Aute eines Gewerkschaftsleiters betrauen konnte. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht bei der Auswahl von Beamten für die Arbeiterbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

C. F. Burgstraße. Wie sind nicht der Meinung, daß Sie sich strafbar machen können, wenn Sie „herrenlos“ herumliegenden Schnee beiseite schaffen. Schnee ist doch kein Verbrechen.

D. H. Weigenfels. Das Reichsversicherungsamt bildet den Anlaß der Versicherungsvergessenheit nach oben hin. Es ist völlig selbständig. Seine händigen Mitglieder wie sein Präsident werden direkt vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats ernannt. Es untersteht also nur dem Reichskanzler.

A. S. Bouch. Wenden Sie sich an die Ober-Bormunhschaft, die wird den Drückereiter schon kriegen.

B. H. V. Wenn Ihr Sohn der einzige Schulentlassene bei der Sache gewesen ist, können wir es verstehen, wenn er allein angeklagt ist. Uebrigens mindert es die Strafe nicht, wenn andere auch verurteilt werden. Aber legen Sie doch Berufung ein mit dem Hinweis auf Ihres Sohnes geistige Verdrämtheit.

F. S. Weigenfels. Derartige Eingelastungen gehören in den Privatartikel. Im redaktionellen Teile haben wir dafür keinen Platz.

Streitende Erbdier. Aus Amtlichen Kreisen sind für die wichtigsten Blätter abnommt. Sämtliche zu nehmen wäre Geldverweigerung, da ihr Anhalt fast derselbe ist.

Wanda. Verammlungsberichte werden der Reihe nach veröffentlicht. Mit der Stoffanbrang zu groß, müssen die Berichte nicht in erster Linie veröffentlicht werden. Beschwerde gegen die Redaktion ist an die Pressekommission einzureichen.

Letzte Nachrichten und Depelchen.

Eine hierarchische Drohung.

Turin, 19. Februar. Nach einer Meldung des Blattes „Stampa“ aus Rom soll die hierarchische Negierung an Serbin ein Ultimatum erlassen haben dahingehend, daß hierarchische Truppen die Grenzen überschreiten werden, wenn Serbien nicht binnen sieben Tagen abruht.

Gorki wird nicht ausgewiesen.

Rom, 19. Februar. Die Meldung, die Negierung habe auf Grund eines russischen Hofbefehls Gorki ausgewiesen, ist falsch. Gorki ist weder ausgewiesen, noch ist gegen ihn ein Hofbefehl erlassen worden.

150 Tote!

London, 19. Februar. Aus der Stanley-Grube wurden 34 Bergleute lebendig und 150 Leiden geborgen. Viele Leiden sind entlichlich verstimmt, so daß ihre Identität nicht festzustellen war. Die Arbeiten zur Bergung der noch in der Grube befindlichen Toten dauern fort. Die Leiden in den Wagengängen sind furchtbar verbrannt. Ein großer Teil der Bergleute scheint übrigens gütigen Golen erliegen zu sein.

Sie mögen hungern!

Dresden, 19. Februar. Die Stadtverordneten lehten einen sozialdemokratischen Antrag, 30 000 M. für die Arbeitslosen zu bemitteln, ab.

Letzter Tag der Ausgabe

von

Sonnabend Doppelten Rabatt-Marken.

von

Vormittags 9 Uhr ab:

Sonder-Verkauf

von

500 Küchengarnituren

von

Serie I	II	III	IV
22 Zeile	22 Zeile	22 Zeile	16 Zeile
12 ²⁵	8 ⁹⁵	7 ⁷⁵	4 ⁹⁵

„Zeppelin-Luftschiffen“

unterer sensationeller Neuheit.

von

1200 Damen-Gürteln

von

I	II	III	IV
zur Hälfte des bisherigen Wertes.			
88 Pf.	48 Pf.	35 Pf.	15 Pf.

Apfelsinen 15
10 Stück 35 25 Pf.

Zitronen 30
10 Stück 40 Pf.

Grosse Ulrichstrasse 54.

Holzarbeiter-Verband Halle S.
 Sonntag den 21. Februar, vorm. 11 Uhr,
 im Gasthof Drei Könige, Kl. Klausstr. 7:
Sektions-Versammlungen
 der Maschinisten, Stellmacher und Drecker.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchen
 Die Sektionsleitungen.

Zentralverb. d. Maschinisten u. Heizer, Zahlstelle
 Halle a. S.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Versammlung
 diesmal

Sonntag den 21. Februar
 nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Goldene Kotte“, Alter
 Markt stattfindet.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Gen. Güdeberg. 2. Lokalfrage. 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden erlucht, zahlreich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Aue. Sozialdemokr. Verein. Aue.
 Sonntag, den 21. Febr. von abends 6 Uhr ab
 im Deutschen Kaiser
Gemütliches Beisammensein m. Kränzchen.
 Nur Mitglieder und deren Angehörige haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Turn-Ver. 'Freie Turner', Delitzsch.
 Sonntag, den 21. Februar 1909, abds. 8 Uhr
 im Lindenhof
Kappen-Ball.
 Zu recht zahlreichem Besuche ladet freundlich ein
 Der Vorstand.

Ratswerder 3. PARADIES. Ratswerder 3.
 Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. Februar
Fortsetzung des grossen Geld-Preis Kegeln.
 Zur Beteiligung kommen 50 Preise.
 1. Preis 150 Mark. 2. Preis 100 Mark. 3. Preis 60 Mark.
 4. Schub 50 Pfennig. — Anfang 3 Uhr.
 Montag Preisverteilung. Weigner. Stritz: Löw. Heichelt.

Achtung! „Harzschlösschen“ Harz- und Wilhelm-
 strassen-Ecke.
 Herte selbst wieder übernommen!
Sonnabend u. Sonntag Bockbierfest.
Fritz Kyritz u. Frau.

Berg- str. 4. Rest. Zur guten Quelle' Berg- str. 4.
 Sonnabend den 20. Februar
gr. Lumpen- Abend,
 wozu freundlichst einladet
 Fritz Seiert und Frau.

Dazu Riebeckbock! Dazu Riebeckbock!
Weissenfels. „Volkshaus“ Weissenfels.
 Sonntag, den 21. Februar
grosser Volks-Maskenball.
 Anfang des Abends 8 Uhr. Einlass der Damen 7 Uhr.
 Zur Aufführung gelangt unter anderem:
 Die 6 Berliner Urkomsichen
 und Die tollkühne Schleifenfahrt auf dem Rad.

Wache zu diesen Tagen besonders auf meine, im Winterpark
 neu eingerichtete **Beisammlungen** mit Kaffee Bedienung aufmerksam.
 Borsdorfstr. 15 Wienig, im „Volkshaus“ und bei G. Schmidt,
 Klosterstraße, an der Kasse 20 Wienig.
2 Musikkapellen.
 Die beste Herren- und die beste Damenmasse je eine wert-
 volle Prämie.
 Hochachtungsvoll **Ernst Voigt.**
 Dazu Riebeckbock! Dazu Riebeckbock!

Bürger-Erholung, Zeitz.
 Sonntag, den 21. Februar:
Gr. öffentl. Volksmaskenball.
 Anfang 8 Uhr. — Demaskierung 9 Uhr.
 Hier der schönsten Damenmasken erhalten Preise.
 Um recht zahlr. Besuch bitten freundl. Hermann Seydel.

Gasthaus Rattmannsdorf.
 Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. Februar
Bockbier-Fest
 und ff. Speckkuchen.
 Es ladet freundlichst ein **Franz Haustein.**

Ohne Berufstörung!
Bandwurm mit Kopf,
Spul- und Madenwürmer
 entfernt nach eigener, vortrefflich bewährter Methode
C. Blaso, Halle a. S., Kleine Klausstraße 14, II.
 Kennzeichen des Lebens sind: Abgang von unbedeutenden platten
 Stücken, Schleim, Würmern, Bläse des Geichts, matter
 Stuhl, blaue Ringe um die Augen, Abmagerung, Ver-
 schleimung, belegte Zunge, Appetitlosigkeit, Nerven-
 Unruhe bei mäßigem Essen, Gewichtsverlust, Ausbleiben
 eines Stuhles bis zum Abgange, Erbrennen, Ausbleiben, Kopf-
 schmerzen, Herzklopfen, unregelmäßiger Stuhlgang, Juden am
 Mastdarm und in der Nase, Kollern, wellenförmige Be-
 wegungen und Leibschmerzen. Seine Düngekur!

Alle Parteischriften empfiehet
 die Volksbuchhandl.
 Für die Inserate verantwortlich: Rob. Sagner. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei (G. S. m. b. S.) Halle a. S.



**Wohlfeile
Schuhwaren**

in modernen,
bequemeren Façons.

- Damen:**
 Chevreaux - Schnür- und Knopfstiefel mit und ohne Laßflappe 7 50
 Boxleder - Schnür- u. Knopfstiefel 6 50
 Boxleder - Schnür- u. Knopfstiefel 5 50
Knaben:
 Wchslleder - Schnürstiefel 3 75
 la. Boxleder - Schnürstiefel 5 75
Herren:
 Wchslleder - Zugstiefel genagelt 3 75
 Wchslleder - Schnürstiefel genagelt 4 75
 Boxleder - Schnürstiefel moderne Form 6 75

Garantie-Stiefel
 la Chevreaux u. Boxcauf 11 50
 Neueste Façons. — Goodyear Welt —

**Leopold
Nussbaum**
 G. m. b. H.
 Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 60/61.

Dianasaal Aue-Zeitz
 Sonntag, den 21. Februar 1909:

**Grosses
Alpen-Fest**

Einzig in Zeitz.
3 Kapellen spielen, darunter 2 Damenkapellen.
 Sämtliche Räumlichkeiten sind in eine **Alpen-Landschaft** verwandelt.
 Herrliche Dekoration.
Bedienung durch Tyroler
 Der kleine Saal ist in eine **Zyroler Bauernschänke** verwandelt, das Gesellschaftszimmer in eine **Schweizer Weinstube**, die Gastsimmer in **Almhütten**.
 Im großen Saal:
Humoristischer Ball
 mit Hebererzählungen und humor. Vorträgen.
 Konfettischlachten und verschiedene Überraschungen.
 Zum Ansehen gelangen:
ff. Bockbier und Schankwein.
 Kolonialer Betrieb. □ Urfrühd.
 Noch nie dagewesen. Einlass in Seitz.
 Hierzu ladet ein **A. Rumborg.**

Voranzeige:
 Nächsten Dienstag: **Gr. Fastnachts-Ball.**

Grosser Rummel! Grosser Rummel!
 Sum
Narrenabend und Bockbierfest

laden freundlichst ein **Karl Eckardt und Frau, Pfännerhöhe.**
Achtung! Weintraube. Weissenfels!
 Sonnabend, den 20. Februar
Fortsetzung des Bockbierfestes.
 Sonntag: **Frühshoppen u. Speckkuchen**
 Abends: **Gr. Begrüßnis des so beliebt gewordenen Oettler-Bock.**
 Hierzu ladet freundlichst ein **Ede.**
 NB.: Die lieben Beiträgen bitte, sich hier zu verlammen.
 Blumenstenden werden dankend abgeholt.

Geiststrasse 64. Geiststrasse 64.
Geschäfts - Eröffnung.
 Einem geübten Publikum von Halle die ergebene Mit-
 teilung, daß ich am heutigen Tage
Geiststraße 64 ein
Zigarren - Spezial - Geschäft
 eröffne. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den Wünschen
 meiner werthen Kundschaft gerecht zu werden und bitte Sie
 daher, mein neues Unternehmen gütigst zu berücksichtigen.
 Achtungsvoll ergebenst
Paul Debold, Zigarren-Versandhaus.
 Geiststr. 64 u. Steinweg 24.

Stedten! Stedten!
 Zur bevorstehenden **Konfirmation** halte mein großes Lager in
**Anzügen, Häten, Schuhwaren,
 Wäsche und Korsetten**
 zu bekannten billigen Preisen bestens empfohlen.
Stedten, Fernruf 30. C. Degenkolbe.

Rasberg!
Sozialdem. Verein.
 Sonnabend, den 20. Februar,
 abends 8 1/2 Uhr im „Aler“
Versammlung.

Streckau.
 Sonnab., Sonnt., Dienst-
 d. 20., 21. u. 23. Febr.:
Bockbier - Fest.
 Freundlich ladet ein
A. Baoh.

Tagesordnung: 1. Vortrag.
 2. Berechnung vom II. Quartal
 3. Gedächtnisrede.
 Zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen wünscht **Der Vorst.**

Alles Vogelfutter fauft man sauber
 gereinigt bei
Bernh. Lallach, Schweidtschiff 11a

Zeitz Stadt-Garten. Zeitz
 Sonntag, den 21. Febr. er.
Einweihung der Preiskegel
 und Kugeln.
 Beginn des Preis- Kegeln
 Sonnabend, den 27. Febr.
 Die Bahn ist gut geeicht.
 Hochachtungsvoll **Das Komitee.**

Volkspark, kleiner
 Dienstag den 23. Febr.:
Konzert
 ausgeführt vom
Zither-Schrammel-Trio
 „Español“.
 Eintritt 20 Pf. — Anf. 8 1/2 Uhr.